

Dresdner Volkszeitung

Postfach: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Gebr. Kersch, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Königsbrunn und Dresden-Altkönigsbrunn

Abonnementpreis: einschließlich Bringerlohn monatlich 6000.— M., durch die Post bezogen monatlich 6500.— M., unter Kreuzband für Deutschland wöchentlich 2000.— M., Einzelnummer 300.— M., Sonntagsnummer 400.— M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25281. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25281. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die Spaltenzeile 500.— M., auswärts 600.— M., die Spaltenzeile 2000.— M., auswärts 2500.— M., Ausland 3000 u. 4000 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung, Familienangeh., Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefmarkenleg. 200 M.

Nr. 126

Dresden, Sonnabend den 2. Juni 1923

34. Jahrg.

Sechs Monate Cuno

Jetzt haben wir 6 Monate lang das Kabinett der Wirtschaftler, die Regierung Cuno. In dieser Zeit ist der Dollar von 6100 auf 75000 M. gestiegen. Nichts ist übriggeblieben von der Stützungspolitik der Mark, von der ja behauptet wurde, daß sie mit aller Energie fortgesetzt würde. Die Devisenpatronen, denen es darauf ankam, den Dollar in die Höhe zu treiben, haben auf der ganzen Linie gesiegt. Die Preise stiegen mit rasender Schnelligkeit in die Höhe. Die Lebenshaltung blieb ohne Gehälter hinter den Kosten der Lebenshaltung zurück. Ungeheuer steigert sich die Not der Massen. Was das deutsche Volk in seinem schon seit Jahren andauernden Elend so oft erlebt hat, wiederholt sich jetzt in verstärktem Maße. Die Regierung steht ratlos dabei. Die Schwierigkeiten unserer wirtschaftlichen und politischen Lage sind freilich so groß, daß es kaum ein Mittel gibt, um sie von heute auf morgen zu lösen. Die Mittel der Devisenpolitik, die man angewendet hat, haben vollkommen verfaßt, und wenn die Markentwertung so schnell fortgeschritten ist, da wir nun einmal die glorreiche freie Wirtschaft haben, ein sprunghaftes Steigen der Preise nicht zu vermeiden. Mit aller Energie muß der Kampf gegen den Wucher geführt werden. Aber solche Mittel wie Preisprüfungsstellen, Kontrollausweise, Wuchergerichte sind bei so starker Markentwertung von verhältnismäßig geringer Bedeutung und können auch bei dem denkbar größten Eifer und den größten Erfolgen den Weitergang der Preissteigerung nicht verhindern.

Unvermeidlich ist das schnelle Fortschreiten der Markentwertung zum guten Teil eine Folge unserer außenpolitischen Lage. Noch immer haben wir nicht allzuviel Aussicht, auf dem Wege zur Lösung des Reparationsproblems vorwärts zu kommen. Die Staatsmänner sowohl im Ausland als bei uns haben aus den Erfahrungen der letzten Jahre so gut wie nichts gelernt. Das Jonglieren mit großen Zahlen geht weiter. Man zerbricht sich noch immer den Kopf darüber, ob Deutschland 30, 40 oder 50 Milliarden Goldmark zahlen kann. Wenn die ausländischen Staatsmänner noch diesem System verharren, so ist das schließlich befristet. Es ist für sie das bequemste. Aber was tut die deutsche Regierung? Sieht auch sie nicht ein, daß es sich bei der ganzen Reparationsfrage nicht in erster Linie um ein finanzielles, sondern ein weltwirtschaftliches Problem handelt? Nicht in erster Reihe darum, ob wir im Inland genügend Mittel aufbringen, sondern darum, wie wir die notwendigen Werte auf das Ausland übertragen. Aus den höchsten Steuern und aus Monopolen kommen zunächst nur Papiermark ein, und je mehr wir Papiermark benutzen, um unsere Reparationsverpflichtungen zu erfüllen, um so schneller muß die Entwertung der Mark fortgeschreiten. Wir brauchen für das Ausland Goldwerte, das heißt, wir können größere Reparationsverpflichtungen auf die Dauer nur leisten, wenn uns entweder in großen Umfang Sachwerte abgenommen werden oder wenn die Weltwirtschaft so geregelt wird, daß Deutschland einen großen Ausfuhrüberschuss erzielt und dadurch die nötigen Devisen erhält. Es wäre Sache der Vertreter der deutschen Regierung, diese Wahrheiten, die leider noch viel zu wenig begriffen werden, der Welt immer wieder in die Ohren zu schreien. Aber hier vermag die deutsche Regierung völlig, sie tut nichts, um Aufführungen über den Kern des Reparationsproblems zu verbreiten, sie bereitet sich offenbar auf ein neues Jonglieren mit Zahlen vor. Dabei kann heute niemand sagen, welche Summen, in Goldmark ausgedrückt, Deutschland tatsächlich bezahlen kann, solange man eben nicht weiß, eine wie hohe Anleihe es bekommen kann und wie man es anfangen soll, diese Anleihe zu verzinsen.

Das sogenannte Garantieangebot der deutschen Wirtschaft hat in keiner Weise dazu beigetragen, uns irgendetwas auf dem Wege zur Klärung der schwebenden Fragen weiter zu bringen. Die Vorschläge der Industrie kommen über Allgemeinheiten nicht hinaus. Auch dort ist kein Weg gezeigt, wie Goldwerte, die auf dem Weltmarkt als Zahlungsmittel gelten können, dem Reiche beschafft werden sollen. Und dazu kann noch die Bedingungen, die das Garantieangebot der Kapitalisten wertlos machen, weil sie einfach für die Arbeiterklasse unerschwinglich sind. Wilhelm II. hat einmal in einer seiner Reden die Sozialdemokraten als vaterlandslose Gesellen bezeichnet. Wenn auf jemand diese Bezeichnung stimmt, so auf die Herren von der Industrie, die jetzt die Not ihres Landes auszunutzen wollen, um für sich Vorteile herauszuholen. Mit erfreulicher Deutschtätigkeit haben die Gewerkschaften erkannt, daß für sie die Bedingungen der Herren Kapitalisten unannehmbar sind. Die Regierung kann sich auf den stärksten Widerstand der Arbeiterklasse gefaßt machen, wenn sie versuchen sollte, mit den Industriellen das vorgelegte Geschäft zu machen. Es ist wirklich nicht mehr an der Zeit, mit den Kapitalherren lang und breit zu verhandeln. Den Beweis dafür, daß sie keine Opfer bringen wollen, haben sie doch wahrlich oft genug erbracht. Das Reich muß das, was es braucht, nehmen, wenn die Herren auch nicht einverstanden sind. Die Erfassung der Sachwerte, wie sie die Sozialdemokratie verlangt, durch direkte Beteiligung des Reiches an dem Vermögen der Industrie und der Landwirtschaft würde zwar auch das Reparationsproblem durchaus noch nicht endgültig lösen, aber es könnte uns doch ein gutes Stück vorwärts bringen.

Daneben brauchen wir, wie das ja auch die Gewerkschaften verlangen, schleunigst eine Reform unserer Steuergesetzgebung, die auch die Steuerzahlung der Besitzenden dem Fortschreiten der Geldentwertung anpaßt. Gerade dann, wenn die Markentwertung so schnell fortgeschritten

wie jetzt, ist es für die Massen des Volkes unerträglich, daß bei ihnen sofort 10 Prozent für die Steuer abgezogen werden, während die Besitzenden ihrem Einkommen entsprechende Steuern zum größten Teil erst nach einem Jahre zahlen. Wenn das Geld entwertet ist, bekäme das Reich von den Besitzenden die Steuer nicht immer erst nachträglich, so brauchte es auch nicht in dem Maße seine Zusätze zur Notenpresse zu nehmen wie jetzt. Würde auf diese Weise eine Einschränkung unseres Papiergeldumlaufes erzielt, so käme das wahrscheinlich auch unserer Valuta zugute. Auch deshalb ist eine rechtzeitige Steuerreinzahlung bei den Besitzenden notwendig, damit die Kapitalisten nicht so viel Geld übrig haben, das sie zum Schaden unserer Valuta zur Devisenspekulation verwenden können.

Durch die Verzweiflungsausbrüche, wie wir sie in Dresden und anderswärts erlebt haben, ist die Regierung Cuno deutlich genug gewarnt. Allein durch Verbote und Polizeimahnahmen kann man der aus der Not entstandenen verzweifelten Stimmung der Volksmassen nicht Herr werden. Wenn wir auch kein Mittel haben, um mit einem Schläge das deutsche Volk aus seinem Elend zu befreien, so müssen die Massen doch wenigstens sehen, daß die Reichsregierung auch nur einigermaßen ihre Pflicht gegenüber dem Volke tut. Verlangen die Regierung Cuno und die bürgerlichen Parteien auch weiterhin so wie bisher, so wird ihnen das deutsche Volk dafür die gebührende Quittung nicht schuldig bleiben.

Dollar 75000!

Einer Zuschrift aus Berlin entnehmen wir noch folgendes: Wie ist das Schicksal des deutschen Volkes in so schlechten Händen gewesen als gegenwärtig. Die jetzt regierende Kreise haben im Sommer vergangenen Jahres, als die Mark noch zu retten gewesen wäre, die Vorschläge der Sozialdemokratie auf das festigste bekämpft. Erst als die Franzosen an der Ruhr standen, raffte man sich auf und machte die Stützungsaktion für die Mark zu einer Kampfmaßnahme gegen Frankreich und Belgien. Witten im Kampf aber, am 18. April, geschah diese Aktion an den inneren Widersänden, und anstatt die geschlagenen Formationen auf einer rückwärtsliegenden Linie zu neuem Widerstand zu sammeln, erging man vor den mächtigen Kreisen der Wirtschaft die Flucht. Selbst jetzt, sechs Wochen nach dem herabstürzenden 18. April, verharren man noch in völliger Unfähigkeit.

Dauert diese Latenzlosigkeit der Regierung an, so gibt es überhaupt kein Halten mehr in dieser Entwicklung. Dann haben wir in kurzer Zeit russische Zustände erreicht, das heißt, die Mark gilt überhaupt nicht mehr als Zahlungsmittel im internationalen Verkehr. Im März hat sich unsere Handelsbilanz gegenüber dem Februar gebessert. Der Einfuhrüberschuss ging von 85 Millionen Goldmark auf 67 Millionen Goldmark im März zurück. Trotzdem also das Ruhrgebiet abgeschnitten ist, liegt die deutsche Ausfuhr. Es ist kein Zweifel, daß diese Entwicklung im April und Mai wegen des neuerlichen Sinkens der Mark angehalten hat, wahrscheinlich sogar noch stärker geworden ist. Das Sinken der Mark ist das Werk der großen kapitalistischen Spekulationen, wie der Reichsbankpräsident Hasenstein zugeben mußte, die aus Egoismus und Profitgier

heraus Deutschland viel schwerer geschädigt haben als der „Erbsfeind“ Frankreich.

Durch die zahlreichen Unterlassungsjünden der Regierung Cuno und durch die Willkürlichkeit bei der Kreditbeschaffung hat man diesen Kreisen überhaupt erst den Kampf gegen die Mark ermöglicht. Die Tausende von Milliarden, die das Reich und die Reichsbank der Wirtschaft an Kredit zur Verfügung gestellt haben, sind die Hauptquelle für den Marksturz geworden. Jeder Sturz der Mark hat den tragenden Betrag vermindert, dem Kreditnehmer einen unbedingten Vorteil, dem Reich und der Allgemeinheit großen Schaden zugefügt. Wer bei einem Dollarstand von 20 000 zehn Millionen Mark geliehen hat, erhielt umgerechnet 500 Dollar. Bei einem Dollarstand von 70 000 brauchte er nur 143 Dollar zurückzuzahlen. Den Rest von 367 Dollar konnte er in seine eigene Tasche stecken. Dieser Zustand hat der Mark den Todesstoß versetzt, weil nun jeder Markkredit aufnahm, die ihm die sichere Möglichkeit eröffneten, durch Nichtstun in kurzer Zeit zu großem Reichtum zu gelangen.

Einschränkung der Kredite des Reiches und der Reichsbank auf das denkbar niedrigste Maß, Gewährung der Kredite nur auf wertbeständiger Basis, schärfste Heraussetzung des Diskontsatzes der Reichsbank müssen deshalb in erster Linie verlangt werden. Zugleich aber müssen diejenigen Personen und Unternehmungen, die sich unter Vorpiegelung falscher Tatsachen in den Besitz solcher Kredite gesetzt haben, schwere Strafen erhalten. Darüber hinaus aber ist die Zentralisierung des Dividendenverkehrs und die vollständige Unterbindung des freien Handels mit ausländischen Zahlungsmitteln unausweichlich, wenn man die Mark überhaupt noch als Zahlungsmittel erhalten will. Sofortige Wiedereinführung der Ausfuhrabgabe auf den Stand vom 1. September, Erhöhung der Reichseinkommen durch Verschleierung der Steuererziehung und Erhöhung der Steuern ist ebenfalls sofort notwendig zur Einschränkung des Notenbruchs.

Um aber die Lohn- und Gehaltsempfänger vor den gewaltigen Preissteigerungen zu schützen, die jetzt infolge des künstlich niedrig gehaltenen Lohnstandes die Existenz aufs schwerste gefährden, müssen starke Lohnsteigerungen mit rückwirkender Kraft erfolgen. Die Lohn- und Gehaltsempfänger, die bisher allein die Last der Geldentwertung getragen haben, brechen unter ihr zusammen, wenn nicht sofort Abhilfe erfolgt. Zusammenbruch dieser Kreise aber ist Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft. Dann hätte die Regierung Cuno durch ihr grenzenloses Entgegenkommen gegenüber den kapitalistischen Wirtschaftskreisen das herbeigeführt, was zu verhindern ihre dringende Aufgabe gewesen ist.

Immer noch Vorbereitungen

Berlin, 2. Juni. (Eigene Meldung.) Die neue Note der Reichsregierung an die alliierten Mächte wird bestimmt nicht vor Mitte der kommenden Woche überreicht werden. Insofern ist ein Fortschritt der bisherigen Beratungen zu verzeichnen, als sich die Mehrheit der Kabinettsmitglieder jetzt endlich dazu durchgerungen hat, eine feste Summe im Gegenwartswert anzubieten. Noch ungeklärt ist die Garantiefrage. Hier spielt immer noch die Absicht, eine neue Vermögenssteuer im gemeinen Wert durchzuführen, eine gewisse Rolle. Der Weg zur Erlassung der Sachwerte ist noch nicht frei.

Die Gewerkschaften und das Industrieangebot

Sämtliche freien und Hirsch-Dunderschen Spitzen-gewerkschaften haben dem Reichskanzler aus Anlaß des „Angebots der Industrie“ am Freitag folgendes Schreiben überreicht:

„Der Reichsverband der deutschen Industrie hat, datiert vom 26. Mai 1923, der Reichsregierung ein Schreiben übermittelt, in dem er erklärt, in welchem Umfange und in welcher Form er die Heranziehung der industriellen Wirtschaft als Garant für den Anleihefonds möglich und angängig erachtet. Die unterzeichneten Gewerkschaften sind nicht zu einer Keuzerung aufgefordert worden. Da es sich jedoch um eine Frage allergrößter Bedeutung sowohl für das Reich wie auch für die Arbeitnehmerschaft handelt, besonders auch für den gewerkschaftlichen Abwehrkampf an der Ruhr, sehen sich die unterzeichneten Gewerkschaften veranlaßt, Ihnen, Herr Reichskanzler, ihre Meinung zu unterbreiten.

Wir erkennen an, daß die Stellungnahme der Industrie endlich die grundsätzliche Zustimmung zum Gedanken der Sachwertentwertung bringt. Diese Zustimmung wird aber nahezu wirkungslos durch die außenpolitischen und innerpolitischen Voraussetzungen, die die Industrie daran knüpft. Auf die außenpolitischen Voraussetzungen verweisen wir uns aus nachfolgenden Gründen gegenwärtig einzugehen. Die innerpolitischen Voraussetzungen scheinen uns das Verhältnis der Wirtschaft zum Staat völlig zu verkehren. Die Industrie versucht hier mit dem Staate als unabhängige Macht zu verhandeln und stellt Forderungen, wo es sich darum handelt, die Bürgerpflichten gegen den Staat zu erfüllen. Die Haltung der Industrie läßt den Schluß zu, daß sie das Gesamtproblem der Reparation über den Staat hinweg von Industrie zu Industrie lösen will. Die Staatsautorität müßte unerschwinglich geschwächt werden, wenn die Reichsregierung sich auf Bedingungen des Reichsverbandes einließ.

Die Sachwertentwertung

kann nur auf dem Wege der gesetzlichen Regelung bewirkt werden. Die Befreiung dieses Weges wird die

uneingeschränkte Unterstützung der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmerschaft finden.

Die Forderung der grundsätzlichen Fernhaltung des Staates von der privaten Gütererzeugung und Verteilung würde Zustände wiederbringen, wie sie vor 80 Jahren in der Wirtschaft herrschten. Das heißt, es würde lediglich Profitstreben der Antriebsmotor der Wirtschaft sein und gemeinwirtschaftliches Denken vollständig erlöset werden. Es ist für uns unmöglich, über die Preisgabe des Achtstundentages, Aufhebung aller Entlassungsbeschränkungen und andern in dieser Richtung erhobenen Forderungen des Reichsverbandes zu verhandeln.

Das Verlangen, die Reichs- und Staatsbetriebe auf die Höhe der vollen Leistungsfähigkeit zu bringen, ist eine alte Forderung der Gewerkschaften und wird daher von uns unterstützt. Es darf aber kein Zweifel daran bestehen, daß für die unterzeichneten Spitzenverbände eine Privatisierung dieser Betriebe ausgeschlossen ist.

Aus diesem Verlangen der Industrie ergibt sich schließlich ihr Verzicht auf die bisherige Forderung, daß namentlich Reichsbahn und Post unter Außerachtlassung ihrer eigenen Rentabilität die Interessen der Privatwirtschaft berücksichtigen müssen. Auch das stellen wir fest.

Selbst bei Verwirklichung jenes Verlangens der Industrie dürfte die Erzielung der von ihr angenommenen Erträge der Reichs- und Staatsbetriebe für absehbare Zeit nicht möglich sein. Zudem geht dieser Uebertragung der Leistungsfähigkeit der Reichs- und Staatsbetriebe als Hilfsbetriebe der Wirtschaft eine auffallende

Unterstützung der Leistungsfähigkeit der gesamten privaten deutschen Wirtschaft

parallel. Das Schreiben der Industrie läßt erkennen, daß sie den Blick vornehmlich auf die Schonung der Privatwirtschaft und des Privatvermögens richtet und daß sie unberücksichtigt läßt,